



BAUARBEITER IM LÖTSCHBERG Der Kanton Bern fordert nun den Ausbau des Lötschberg-Basistunnels auf durchgehend zwei Spuren. ZVG/BLS

Bern prüft Ausnüchterungszellen

Fragestunde Kinder-Pariser auch in Bern möglich

Zürich machts vor: Wer alkoholisiert aufgegriffen wird, kommt in eine Ausnüchterungszelle. Der Aufenthalt wird in Rechnung gestellt. Das prüft nun auch Bern.

Um die Notfallaufnahmen der Spitäler zu entlasten, werden in der Stadt Zürich «Alkoholleichen» neuerdings in die Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS) gebracht. Dort werden sie betreut – die Kosten zwischen 600 und 950 Franken gehen zulasten der Patienten. Wie Polizeidirektor Hans-Jürg Käser (FDP) in der gestrigen Fragestunde auf die Frage Ruedi Löffels (EVP/Münchenbuchsee) sagte, prüfe auch Bern die Errichtung einer ZAS. Allerdings fehlten derzeit vor allem die rechtlichen Grundlagen, um Betroffenen die Kosten dafür in Rechnung stellen zu können.

Namen nur einmal schreiben

Ja, speziell kleine, sogenannte Kinder-Pariser für Jugendliche könnten auch an Berner Schulen abgegeben werden. Das sagte Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) gestern auf die Frage Daniel Steiner-Brütschs (EVP/Langenthal). Allerdings, so Pulver, sei deren Abgabe und Thematisierung im Unterricht «nicht explizit geregelt» und liege im Ermessen der Lehrer. Die Aidshilfe sieht

diese als Präventions- und Sensibilisierungsidee für Jugendliche, wurde kürzlich bekannt.

Aufgepasst, wer den Wahlzettel noch nicht ausgefüllt hat: Bei der Regierungsratswahl darf jeder Name nur ein Mal aufgeführt werden (im Vergleich zu den Grossrats-Wahlen, wo Kumulieren erlaubt ist). Ansonsten zählt die Stimme nicht. Wiederholungen würden gestrichen und seien ungültig. Wie Regierungspräsident Käser gestern ausführte, seien die Gemeinden und Wahlbüros mit denselben Informationen beliefert worden, sodass es aufgrund der neuen Ausgangslage ohne vorgedruckte Regierungswahlzettel nicht zu Ungleichbehandlungen kommen sollte. (SAT)

LANGENTHAL ÜBERLASTET

Seit Anfang Monat werden Identitätskarten und Pässe schweizweit nur noch in entsprechenden Zentren herausgegeben. Wie Polizeidirektor Käser in der gestrigen Fragestunde bekannt gab, bestehen im Kanton heute (abgesehen von einer Call-Center-Panne am ersten Tag) noch zu lange Wartezeiten. Allerdings würden dringende Fälle bevorzugt behandelt. Am längsten sei die Schlange im Kanton im Ausweiszentrum Langenthal. (SAT)

Eine Lanze für die Achse

Bahn Verkehrsdirektorin Egger unzufrieden mit Lötschberg-Entscheid

Der Kanton Bern will den Ausbau der Lötschbergachse forcieren. Doch der Bund will diesen nicht prioritär behandeln. Dafür werden der Bahnhofknoten Bern und der Ligerztunnel ins Projekt «Bahn 2030» aufgenommen.

Die bernische Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin Barbara Egger (SP) ist nicht zufrieden mit den Plänen des Bundes. Für ihn gibt es Wichtigeres als den Ausbau der Lötschbergachse (vgl. Ausgabe vom vergangenen Donnerstag). Im Projekt «Bahn 2030» haben der Ausbau des Basistunnels und das dritte Gleis zwischen Gümligen und Münsingen nur zweite Priorität.

Mit dem Projekt will der Bund Engpässe im Schienennetz beseitigen. Gestern haben die SBB und das Bundesamt über

den Stand der Arbeiten informiert. Sie arbeiten für den Bundesrat zwei Varianten im Wert von 21 respektive 12 Milliarden Franken aus.

Wie die Verkehrsdirektion mitteilte, will sich Egger nun für den Vollausbau auf der Lötschbergachse einsetzen. «Für mich ist dieses Vorgehen unverständlich und nicht akzeptabel», so Barbara Egger gemäss Mitteilung. «Der Bund anerkennt die Engpässe, bleibt aber dann auf halbem Weg stehen und will nicht handeln.»

Ein Komitee und ein Vorschlag

Egger will darum mit einem Lötschberg-Komitee den Ausbau unterstützen. Darin sollen Vertreter von Bern, Wallis und weiteren Kantonen sowie Organisationen Einsitz finden. Auch einen Finanzierungsvorschlag unterbreitet der Kanton Bern: Die

BLS AG zahle heute jährlich 75 Millionen Franken zur Amortisation des Lötschbergtunnels in die Bundeskasse – damit lasse sich der Ausbau finanzieren.

Zufrieden ist Egger aber, dass der Bahnhofknoten Bern und der Ligerztunnel ins Projekt aufgenommen werden. Damit werde der Handlungsbedarf am zweitgrössten Bahnknoten erkannt, schreibt der Kanton. Und der Engpass auf der Jurafusslinie werde nach über 20 Jahren Planung endlich behoben.

Genugtuung am Bielersee

Am Bielersee herrscht denn auch entsprechend «Genugtuung». Peter Moser (FDP/Biel), Grossrat und Präsident des Ligerztunnel-Komitees ist froh, dass der Doppelspur-Ausbau in beiden Varianten berücksichtigt wird – «auch wenn der Weg noch weit ist», wie er gemäss

Communiqué des Komitees sagt. «Das Komitee will alles daran setzen, dass sämtliche mögliche Finanzierungsmodelle geprüft werden, damit der Doppelspur-tunnel möglichst rasch realisiert werden kann», so Moser. Eine Vorfinanzierung der Planungsarbeiten durch den Kanton könne das Projekt beschleunigen. Die Finanzierung des Ligerztunnels sei auch via SBB-Leistungsvereinbarung möglich.

Für die Westschweizer Verkehrskonferenz (Bern, Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Waadt und Wallis) kommt nur die Variante mit 21 Milliarden Franken infrage. «Angesichts der zahlreichen Massnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Bahnnetzes realisiert werden müssen, ist dies das Minimum», schreiben die Kantone in einer gemeinsamen Mitteilung. (KBE, MGT, JOH)

Windpark gekauft

Energie BKW und EWB in Windenergie

Die BKW FMB Energie AG (BKW) und Energie Wasser Bern (EWB) wollen die Windenergie vorantreiben. Gemeinsam haben sie in Deutschland einen Windpark erworben und dazu das Gemeinschaftsunternehmen Helvetic Wind Deutschland gegründet, an dem sie sich je zur Hälfte beteiligen. Damit betritt EWB, der Energie- und Wasserversorger der Stadt Bern, Neuland in der Windenergie. Die Aktivitäten konzentrierten sich vorerst auf Deutschland und Italien, schreiben die beiden Unternehmen in einer Mitteilung zur gestrigen

Medienkonferenz in Bern. In der Nähe der westfälischen Stadt Münster haben sie den Windpark Sendenhorst gekauft. Diese Region zeichne sich durch ein hohes und regelmässiges Windaufkommen aus. Der Park ist 2005 in Betrieb genommen worden. Jährlich werden rund 29 Millionen Kilowattstunden Strom produziert. Die Leistung der Anlage beträgt 14,5 Megawatt. Das Ziel von BKW und EWB ist es, auf eine Leistung von 100 Megawatt zu kommen. Keine Angaben gabs zu den Investitionskosten in Deutschland. (JOH)

Schranken für Anzeiger-Beilagen

Grosser Rat Entgegen der Kommission schränkt Parlament Anzeiger-Liberalisierung ein

Amtlichen Anzeigern bleibt die redaktionelle Berichterstattung definitiv verwehrt: Nachdem die vorberatende Grossratskommission vorschlug, Beilagen für Redaktionstexte zu öffnen, sagt das Parlament auch dazu klar Nein.

SAMUEL THOMI

Amtliche Anzeiger sollen keine redaktionellen Texte enthalten. Eine teilweise Liberalisierung der Anzeiger, wie sie die Kantonsregierung einst vorsah, fand gestern wie in erster Lesung des Gemeindegengesetzes im Januar im Parlament keine Mehrheit. Von dem für Anzeiger nun beschlossenen Verbot redaktionell aufbereiteter, meinungsbildender Texte und Kommentare nicht betroffen sind Kreuzworträtsel, Sudoku oder Kulturagenden. Quasi als Kompromiss beschloss der Grosse Rat, dass Texte von Gemeinden, die laut Informationsgesetz der Wahrnehmung des Info-Auftrages dienen, trotzdem klar getrennt publiziert werden dürfen. So erreichte Emil von Allmen (SP/Gimmelwald) doch noch «eine kleine, leichte Öffnung». Gemeinden können nun bei Bedarf etwa ein Bauprojekt in einer

Anzeiger-Beilage ausführlicher darlegen oder Medienmitteilungen zu Gemeinderats-Entscheidungen integral abdrucken. Nichts davon wissen wollte Fritz Ruchti (Seewil) namens der SVP: Sein Antrag, Anzeiger-Beilagen gleich ganz zu verbieten, blieb aber chancenlos.

Auch wenn Peter Bernasconi (SP/Worb) als Präsident die Arbeit seiner vorberatenden Kommission würdigte, gestand Christoph Stalder (FDP/Bern) in der Debatte selbstkritisch ein: «Wir haben in der Kommission nicht alles ausdiskutiert. Erst im Nachhinein, als alle darüber geschlafen haben, merkten wir: Halt, wir haben nicht zu Ende gedacht.»

Anzeiger Burgdorf «d'Region»-Beilage?

Unbestritten war dagegen, dass Anzeiger neu nicht mehr alleine verteilt werden müssen, sondern auch als Beilage einer Tages- oder Wochenzeitung vertrieben werden können (wir berichteten). So findet der Fall des Anzeigers von Saanen als einziger der Sonderfälle im neuen Gesetz keine Berücksichtigung. Im Saanenland werden Publikationen im redaktionellen Teil gedruckt. Da der Anzeiger bereits seit 1880 so erscheint, darf das Gesetz die Besitzstandsgarantie

bleiben. Keine Probleme mit dem neuen Gesetz erhält auch der in der Grossratsdebatte oft zitierte «Frutigländer». Laut Verlagsleiter Bernhard Egger wurde die Lokalzeitung fürs Frutig- und Engstligental abgesehen von der Startphase stets als separate Zeitung versandt. Einmal wöchentlich beinhaltet der «Frutigländer» zwar den Anzeiger. Doch wer kein Abo besitzt, erhalte dann vom Pösteler nur den Anzeiger zugestellt, so Egger.

In der Region ist bekannt, dass Peter Schürch, Geschäftsführer der Druckerei Haller & Jenzer und «d'Region»-Herausgeber, Synergien aus dem Vertrieb seiner Wochenzeitung und dem im selben Haus gedruckten Anzeiger Burgdorf realisieren möchte. Entsprechend kann er den Grossratsentscheid «nicht verstehen». Zwar könnte er den Anzeiger nun seiner Zeitung beilegen. Da deren Einzugsgebiet aber drei Anzeiger umfasst, braucht er das O.K. aller. Schürch gibt zu bedenken, die Post würde das kaum akzeptieren und die Beilage-Tarife erhöhen.

Mit 94 zu 30 bestätigte der Grosse Rat ferner einen Entscheid vom Januar, dass der Kanton für Inserate in Anzeigern neu bezahlen muss. Bisher waren sie gratis.

Heute wird das Gesetz fertig beraten.

Kommentar

Unwürdige Gesetzgebung



SAMUEL THOMI

Zuerst wars die Regierung, die amtlichen Anzeigern die Publikation redaktioneller Beiträge zugestehen wollte. Der Vorschlag stand quer zu früheren Äusserungen, wie wichtig die Medienvielfalt sei. Als Quasi-Monopolisten wären Anzeiger mit ihren Redaktionen nämlich in direkte Konkurrenz zur Presse getreten. Von solch ungleichen Spiessen wollte der Grosse Rat im Januar zu Recht nichts wissen. Worauf dessen vorberatende Kommission überraschend vorschlug, im amtlichen Teil Untersagtes in Beilagen zuzulassen. Nichts als konsequent, dass das Parlament dies gestern korrigierte und Beilagen dieselben Grenzen setzt. Damit endet ein wenig visionärer, inkonsequenter und vor allem unwürdiger Gesetzgebungsprozess, in dem offensichtlich nicht einmal die Kommission immer wusste, was sie wirklich wollte respektive beschloss.

samuel.thomi@mzbern.ch

Nachrichten

Thuner Rechnung ausgeglichen

Die Rechnung 2009 der Stadt Thun schliesst bei einem Umsatz von 252 Millionen Franken ausgeglichen und damit besser als erwartet: Budgetiert war ein Defizit von 0,8 Millionen Franken. Die Steuereinnahmen lagen aber über dem Budget, ausserdem wurden 6 Millionen Franken abgeschrieben. Zum guten Ergebnis hätten auch tiefere Beiträge an den Lastenausgleich und eine geringere Zinsbelastung beigetragen, teilte die Stadt mit. Dennoch bleibe die finanzielle Lage angespannt. (MGT)

Obergericht Grosse Rat wählt Präsidenten und Richter

Gestern hat der Grosse Rat einen neuen Präsidenten des Obergerichts bestimmt. Gewählt wurde der einzige Kandidat Christian Trenkel (Muri/parteilos). Weiter wurden drei Mitglieder des Obergerichts bestimmt. Die deutschsprachigen Annemarie Hubschmid (Bern/SVP) und Adrian Studiger (Bern/FDP) wurden ebenso gewählt wie der französischsprachige Jean-Luc Niklaus (Biel/FDP). Es gab keine weiteren Kandidaten. (JOH)